

Mehr als ein starkes Symbol?

Die Proteste gegen Rechtsextremismus 2024

Erschienen in: O. Decker, J. Kiess, A. Heller & E. Brähler (Hrsg.) *Vereint im Ressentiment: Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen*. Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 253–268. 2024.

Autorenversion (Preprint)

Marco Bitschnau und Sebastian Koos

Vorgeschichte

Am 10. Januar 2024 veröffentlichte das Rechercheportal CORRECTIV einen mit »Geheimplan gegen Deutschland« betitelten Bericht über eine klandestine Zusammenkunft von Privatleuten, Funktionären der Alternative für Deutschland (AfD) und außerparlamentarischen Akteuren der radikalen Rechten, die sich im vorangegangenen November in der Potsdamer Villa Adlon zugetragen haben soll (vgl. Bensmann et al., 2024).¹ Auf diesem Treffen, so die Autoren, waren unter anderem auch Vorschläge diskutiert worden, die eine *Remigration* deutscher Staatsbürger mit Migrationshintergrund vorsahen – also das Verbringen dieser Menschen in die Länder ihrer (elterlichen) Herkunft. Diese Enthüllung geriet umso brisanter, da die AfD in den Wochen und Monaten zuvor einen beeindruckenden Umfragehöhenflug hingelegt hatte. Allein zwischen Juli 2022 und Dezember 2023 war ihr Stimmenanteil (»Sonntagsfrage«) bei INSA von 12% auf 23%, bei der Forschungsgruppe Wahlen von 11% auf 22% und bei Forsa von 9% auf 23% angewachsen,² womit sich die lange an der Grenze zur Einstelligkeit herumdümpelnde Partei mit einem Schlag zur zweitstärksten Kraft des Landes aufgeschwungen hätte. Ein gutes Stück hinter der Union zwar, doch noch vor der Kanzlerpartei SPD und den ihr weltanschaulich wie habituell scharf entgegengesetzten Grünen.

Für das Alltagsgeschäft im Plenarsaal mag dieser Anstieg nur bedingt von Bedeutung gewesen sein. Doch psychologisch brachen sich mit ihm über Jahre angestaute Befürchtungen Bahn: dass sich in der Gesellschaft etwas nachhaltig verschoben hätte, dass auf alte Gewissheiten (etwa die Hinwendung des Wählers zu moderaten Kräften) kein Verlass mehr sei und dass die bislang gegenüber der AfD angewandte Mischstrategie aus Ablehnung und Nichtbeachtung sichtlich an ihre Grenzen gestoßen war. Bereits sechs Jahre zuvor hatte sich mit dem #unteilbar-Bündnis ein Bewegungsakteur mit dem Ziel formiert, den zivilgesellschaftlichen

¹ Zu den prominentesten Teilnehmern zählten mit Martin Sellner der ehemalige Sprecher der Identitären Bewegung Österreich und mit Roland Hartwig der ehemalige persönliche Referent der AfD Bundesvorsitzenden Alice Weidel.

² YouGov wies am 11. Januar 2024 gar einen bis heute nicht wieder erreichten Spitzenwert von 24% aus.

Kampf gegen die Partei und den von ihr beförderten »Rechtsruck« voranzutreiben (vgl. auch Stjepandić et al., 2023) – doch waren die politischen Fahrwasser damals noch zu ruhig, als dass sich dauerhafter Erfolg hätte einstellen können. Zumal es weder einen Protestkatalysator noch eine ähnlich verbreitete Wahrnehmung gab, die Gesellschaft sei in ihren demokratischen Grundsätzen gefährdet.

Nun aber gelang dem CORRECTIV-Bericht auch vor dem Hintergrund einer zunehmenden gesellschaftlichen Polarisierung und Krisensensibilisierung (vgl. Hutter & Weisskircher, 2023) das, woran #unteilbar gescheitert waren: organische Massenkundgebungen zu initiieren, die sich innerhalb von Wochen im ganzen Land verbreiteten, mit fast vier Millionen Teilnehmern zu den größten Protesten der deutschen Geschichte zählten, dann aber mit Frühjahrseinbruch rasch wieder abflauten und seither nicht nur aus Sicht der Protest- und Bewegungsforschung zahlreiche Fragen aufwerfen. Wo und in welchem Ausmaß wurde protestiert? Wer ging auf die Straße und weshalb? Welchen Rückhalt hatten die Proteste in der Gesellschaft und was haben sie erreicht? In diesem Kapitel wollen wir einen Überblick über die Proteste als einer bemerkenswerten Episode des Engagements gegen Rechtsextremismus geben, wobei wir uns auf Protestereignisdaten, eigene Befunde und eine Auswertung des Politbarometers stützen.

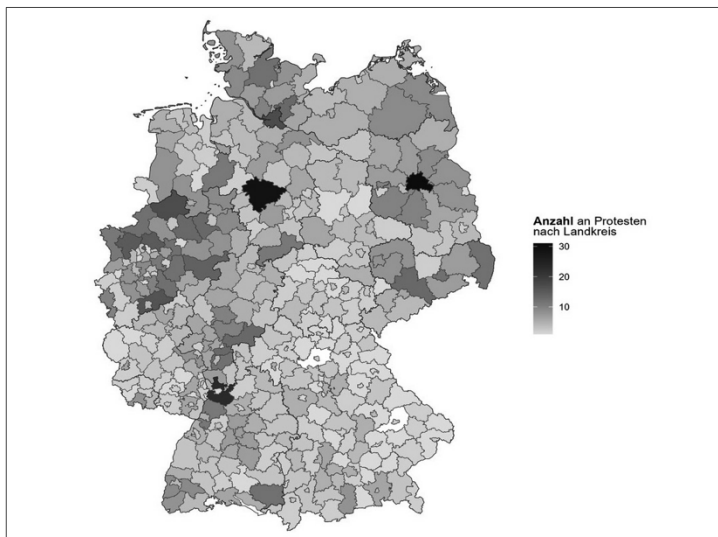
Ein deutschlandweiter Proteststurm

Die Entstehung kontingenter Sozialphänomene wie Proteste ist häufig schwer zu rekonstruieren: Wie, wo und unter welchen Umständen wird auf kollektiver Ebene aus einem Anlass ein Handlungsmotiv und aus diesem eine koordinierte Handlung? Auch bei den Protesten gegen Rechtsextremismus bleiben diese Dynamiken weithin verschattet – wir wissen allein, dass es keine vierundzwanzig Stunden nach Veröffentlichung des CORRECTIV-Berichts bereits zu einer ersten, wenn auch überschaubaren Spontandemonstration auf der Persiusbrücke nahe der Villa Adlon kommt. »Jetzt ist ein Punkt erreicht, der uns zum Handeln zwingt«, verkündet eine der Initiatorinnen unmittelbar im Anschluss im Berliner *Tagesspiegel* (Grote & Kramer, 2024) und nimmt damit ein Argument vorweg, dass in den nächsten Wochen noch häufiger zu hören sein wird. Auch besitzt es dezidiert prophetischen Charakter, denn schon am nächsten Tag versammeln sich in Hamburg an die 2.000 Menschen, zwei weitere Tage später sind es in Berlin bereits Zehntausende, und spätestens mit Anbruch der neuen Woche gibt es kein Halten mehr. Landauf, landab schließen sich nun kirchliche und gewerkschaftliche Akteure mit Einzelpersonen, Parteigliederungen, Vereinen und Zivilgesellschaft zu Organisationsbündnissen zusammen, um Proteste anzumelden, Veranstaltungen zu planen und unter dem Slogan *Für Demokratie – gegen Rechtsextremismus* die sozialen Medien zu bespielen. Bereits am 21. Januar werden aus München und Berlin Teilnehmerzahlen im sechsstelligen, aus diversen

Städten immerhin im fünfstelligen Bereich gemeldet. einer 15-prozentigen Zustimmungsrates unter Wählern der AfD (Grafik 3).³

Spätestens jetzt ist klar: Ein Sturm hat die Republik erfasst und die Empörung über das Potsdamer Treffen in eine massentaugliche und überraschend breitenwirksame Form gebracht. Von Nord bis Süd, von Aachen bis Zwickau versammeln sich Tausende und Abertausende zu Märschen und Kundgebungen; selbst in vergleichsweise entlegenen Dörfern und Weilern kommen vielerorts noch einige Hundert zusammen. Bis Ende März, so eine Analyse auf Basis von Ereignisdaten der *Tageszeitung* (vgl. Sander & Ansa, 2024), sind es mehr als 3,9 Millionen Menschen, die an einer der deutschlandweit knapp 1.800 Veranstaltungen teilnehmen.⁴ Dennoch verrät eine Betrachtung der Veranstaltungsverteilung auf Landkreisebene zugleich eine gewisse Zusammenballung in urbanen Zentren und Agglomerationen, wie man sie auch von zahlreichen anderen Protesten in Westeuropa kennt (Grafiken 1 und 2).⁵ Vor allem in Berlin, für das auch Rucht (2024) eine deutliche Überrepräsentation feststellt, Hamburg, Düsseldorf und München finden gleich mehrere besonders teilnehmerstarke Kundgebungen statt.⁶ Und auch bei der Gesamtzahl der Protestveranstaltungen weist die Hauptstadt mit 31 Fällen vor dem ebenfalls stark protestaffinen Landkreis Hannover (29 Fälle) den Spitzenwert auf, wiewohl auch für diverse Kreise ohne Großstadt (etwa Mittelsachsen oder Steinfurt) zweistellige Werte zu verzeichnen sind.

Grafik 1: Anzahl der Proteste nach Landkreis



Datenbasis: Sander & Ansa, 2024.

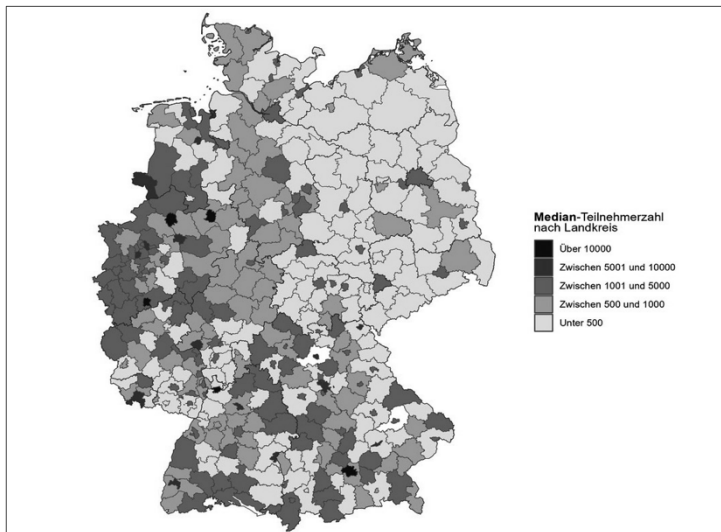
³ Dieser dürfte sich zum Teil dadurch erklären lassen, dass viele AfD-Wähler ihre Partei keinesfalls für rechtsextrem halten und entsprechende Kategorisierungsversuche ablehnen. Auf der anderen Seite wurde sich auf einer Mehrzahl der Proteste unmissverständlich gegen die AfD ausgesprochen.

⁴ Dabei ist davon auszugehen, dass nicht wenige Menschen mehr als eine Protestveranstaltung besucht haben und daher mehrfach in die Gesamtsumme zählen. Es handelt sich also nicht um 3,9 Millionen Einzelpersonen.

⁵ Für die Analyse wurden die Daten von Sander und Ansa (2024) mit jenen der Webseite *Demokrateam* abgeglichen und auf Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte aggregiert. Ausgewiesen wird hier der für Verzerrungen (z. B. durch hohe Teilnehmerzahlen in Großstädten) weniger anfällige Medianwert.

⁶ Im Falle der Stadtstaaten Hamburg und Berlin wird dieser Effekt allerdings dahingehend gemildert, dass eine analytische Untergliederung in (bezüglich ihrer Einwohnerzahl landkreisäquivalente) Bezirke entfällt.

Grafik 2: Median der Protestteilnehmer nach Landkreis



Datenbasis: Sander & Ansa, 2024.

Diskursiv begleitet wird dieser hohe Aktionsgrad von nahezu einmütigen Unterstützungs- und Solidaritätsbekundungen aus Politik, Medien und Wissenschaft. So lobt etwa Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier die Protestgänger dafür, »unsere Republik und das Grundgesetz gegen seine Feinde [zu verteidigen]« (Sabinsky-Wolf et al., 2024), und der Journalist Georg Diez (2024) spricht in einem ausladenden Essay für *Die Zeit* gar von einer »neuen Revolution« auf den Straßen: »Sie können die Demokratie nicht nur beschützen, sondern verändern.« Aber auch abseits dieses politmedialen Elitenkonsenses lassen sich – zumindest für die Kernphase der Proteste – hohe lagerübergreifende Zustimmungswerte ausmachen. Der im Februar gestellten Politbarometer-Frage, ob man »die Proteste gegen rechtsextreme Parteien und Gruppierungen« gut finde, stimmen zum Beispiel beinahe 80% der Befragten zu, darunter drei Viertel der Wähler der Union und FDP sowie jeder zweite Unterstützer der Freien Wähler.⁷ Auffällig ist hier indes der erhebliche Ost-West-Unterschied von fast zwanzig Prozentpunkten und der auf den ersten Blick kontraintuitiv erscheinende Umstand einer 15-prozentigen Zustimmungsrate unter Wählern der AfD (Grafik 3).⁸

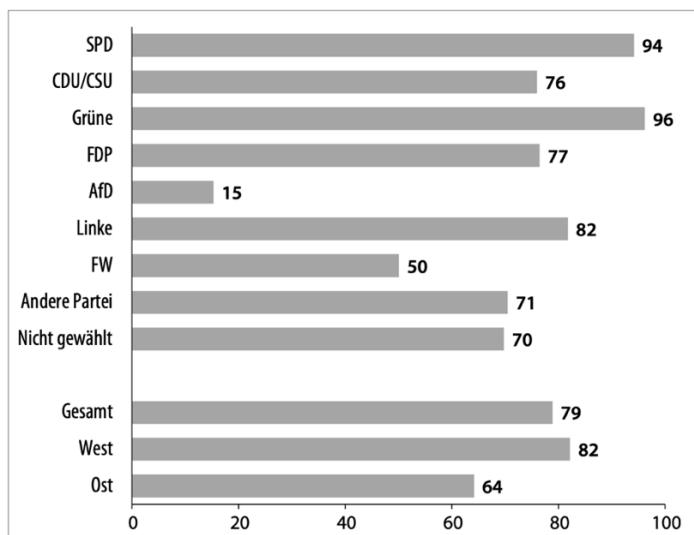
Ebenfalls positive Resonanz erfährt der Umstand, dass die Proteste in ihrer großen Mehrheit friedlich und gesprächsorientiert angelegt sind – etwas, dass in einer immer mehr von disruptiver Härte geprägten Bewegungslandschaft keineswegs selbstverständlich ist. Auch der »spielerische Charakter etlicher Slogans und Sprüche« und die »teilweise originellen Wortspiele« (Rucht, 2024, S. 8), die politkulturelle Referenzen ebenso aufgreifen (»Liberté, Egalité,

⁷ Gefragt wurde: »In der letzten Zeit gibt es in ganz Deutschland Demonstrationen gegen rechtsextreme Parteien und Gruppierungen. Finden Sie diese Demonstrationen gut oder nicht gut?« Da die Daten nicht frei verfügbar sind, wurde die Auswertung freundlicherweise von Annette Mayer (Forschungsgruppe Wahlen) durchgeführt.

⁸ Dieser dürfte sich zum Teil dadurch erklären lassen, dass viele AfD-Wähler ihre Partei keinesfalls für rechtsextrem halten und entsprechende Kategorisierungsversuche ablehnen. Auf der anderen Seite wurde sich auf einer Mehrzahl der Proteste unmissverständlich gegen die AfD ausgesprochen.

NoAfDÉ») wie sie Forderungsironisierung betreiben («Nazis deportieren»), stoßen in der medialen Betrachtung auf Lob. Nichtsdestoweniger gibt es Unterschiede zwischen den verschiedenen Städten, zumal die Dezentralität der Organisation das Ausformen einer einheitlichen Protestkultur erschwert und eine gewisse Variabilität in Fragen der Themensetzung und des Sprachgebrauchs befördert. Am deutlichsten über das Ziel hinausgeschossen wird dabei in jenen Fällen, in denen das Potsdamer Treffen mit der nur wenige Kilometer entfernt abgehaltenen Wannseekonferenz parallelisiert und so einer (unbeabsichtigten) Bagatellisierung des Holocausts Vorschub geleistet wird. Am Ende sind die Abschiebebegehrlichkeiten von Privatpersonen und Funktionären der dritten Reihe – ganz gleich, was man von ihnen halten mag – etwas fundamental anderes als ein von staatlicher Stelle geplanter und maschinell durchexerzierter Völkermord (vgl. Lotter, 2024).⁹

Grafik 3: Protestunterstützung nach Wählergruppen (in %)



Datenbasis: Politbarometer, Februar 2024.

Die *Mitte der Gesellschaft*?

Zu den prominentesten Begleiterzählungen der Proteste gehört nicht nur die vom Fass, das mit dem CORRECTIV-Bericht zum Überlaufen gebracht worden sei, sondern auch die, dass hier in erster Linie die *Mitte der Gesellschaft* respektive die *schweigende Mehrheit* auf die Straße gehe. Zwei Größen also, die sich dem Streben nach »einer exakten Definition vortrefflich entzieh[en]« und deren Verortung mit allerhand Komplikationen einhergeht, sofern »der Nenner nicht gerade in ihrer relativen Unbestimmtheit bestehen soll« (Burzan et al., 2014, S. 13). Da ist allein schon die Frage nach ihrer normativen Grundierung, denn während sich im Fall der schweigenden Mehrheit zumindest noch ein Majoritätsbezug annehmen lässt (und

⁹ Ähnliches gilt für die auf den Protesten häufig zu beobachtende Gleichsetzung von AfD und NSDAP.

vor allem das *schweigend* für Interpretationsspielraum sorgt), ist der Begriff der Mitte mit stark wertgebundenen Vorstellungen von Normalität und Erwünschtheit verknüpft. Wer zu ihr statt zu den Rändern gehört, stellt eine tragende Säule des Gesellschaftsgefüges dar. Er trägt unmittelbar zu dessen Reproduktion bei und ist in diesem Sinne seinerseits Angehöriger einer Mehrheit, deren Schweigen nicht Apathie, sondern Duldsamkeit verrät. Wird es gebrochen, beispielsweise durch die Entscheidung für eine Protestteilnahme, bedeutet das nichts anderes als: Die Lage ist ernst. Nun geht es nicht länger um Partikularinteressen, sondern um eine akute Gefährdung der sozialen Ordnung.

Die Operationalisierung beider Konzepte bleibt dennoch diffizil, weshalb es sinnvoll ist, sich als Annäherung zunächst die Frage nach der Demografie der Protestteilnehmer zu stellen und auf dieser Grundlage verschiedene Konzepte von Mitte und Mehrheit zu durchleuchten. Welche Gruppen finden sich also auf den Kundgebungen? Welche wurden erfolgreich mobilisiert? Und welche blieben dem Ganzen lieber fern? Erste empirische Anhaltspunkte hierzu bietet eine Vor-Ort-Untersuchung, die wir im Januar 2024 auf Protestveranstaltungen in drei südwestdeutschen Gemeinden – Konstanz, Singen und Radolfzell (N = 509) – durchgeführt und in Teilen bereits ausgewertet und veröffentlicht haben (vgl. Bitschnau & Koos, 2024). Die genannten Orte teilen sich zwar denselben Landkreis, sind in ihrem sozialräumlichen Profil aber ansonsten recht heterogen: So gilt die Konzilsstadt Konstanz mit ihren Hochschulen und ihrer Kulturszene als regionales Oberzentrum, Singen ist eine im Landesinneren gelegene und sozialdemokratisch geprägte Industriestadt und das auf halber Strecke gelegene, kaum 30.000 Einwohner zählende Radolfzell weist deutlich Kleinstadtcharakteristika auf.¹⁰

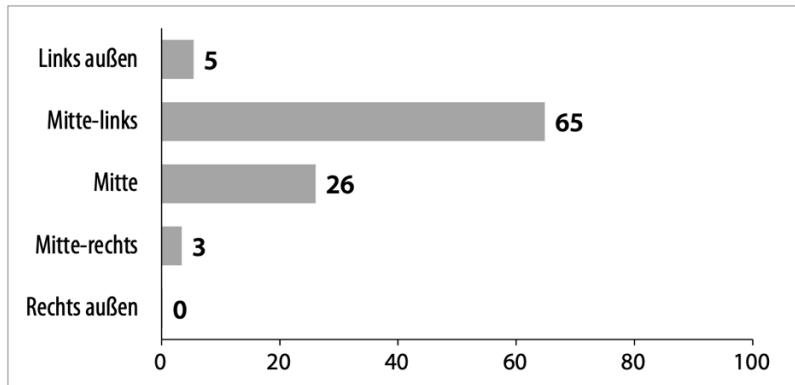
Unabhängig von diesen Unterschieden verweisen unsere Befunde auf erhebliche Ambivalenzen und Gegenläufigkeiten. Versteht man *Mitte* etwa politisch im Sinne der Selbstidentifikation im Ideologienbogen von *Mitte-links* über *Mitte* bis *Mitte-rechts*, so rechnet sich einerseits zwar das Gros der Befragten dieser Gruppe zu, andererseits zeigt sich insofern eine Schräglage, als sich nur 3% der Befragten *Mitte-rechts* und nur 26% in der *Mitte* als solcher verorten, fast zwei Drittel (65%) dagegen *Mitte-links* (Grafik 4). Diese Werte spiegeln sich auf der parteipolitischen Ebene in dem Umstand, dass eine Mehrheit von 61% angibt, bei der vergangenen Bundestagswahl 2021 mit Zweitstimme Bündnis 90/Die Grünen gewählt zu haben, während der Gesamtstimmenanteil der bürgerlichen Parteien CDU, CSU und FDP bei gerade einmal einem Zehntel liegt.¹¹ Selbst unter Berücksichtigung regionaler Kontextfaktoren – die Grünen sind in Baden-Württemberg traditionell stark und seit nunmehr dreizehn Jahren an der Landesregierung beteiligt – zeigt sich so, dass ein Teilelement der politischen Mitte zwar durchaus auf den Protesten zugegen ist, man aber wie bei vielen anderen Protestereignissen

¹⁰ Dies schlägt sich etwa auch im AfD-Wahlanteil nieder. Bei der Bundestagswahl 2021 erzielte die Partei in Konstanz lediglich 4,6% (-2,2%), in Singen allerdings 14,3% (-2,6%) und in Radolfzell 7,4% (-2,1%). Bei der Europawahl 2019 war die Spreizung ähnlich gelagert.

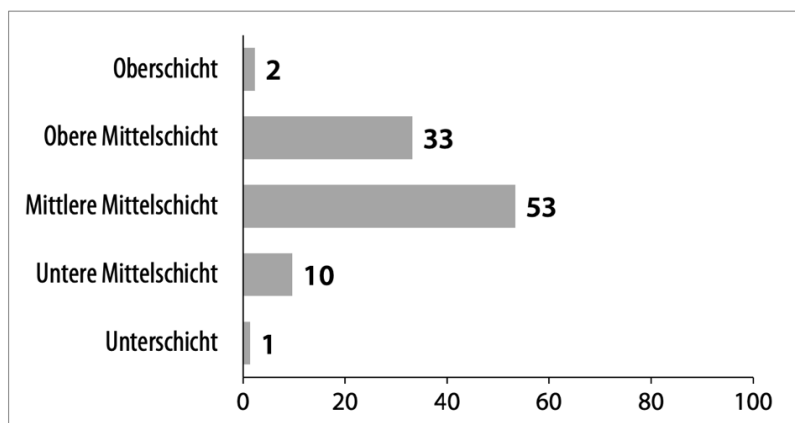
¹¹ Konkret hatten 8% für die CDU oder die CSU und 3% für die FDP gestimmt. Dazu kommen weitere 8% für Die Linke, 18% für die SPD und 2% für sonstige Parteien.

kaum von der gleichmäßigen Einbindung aller politischen Lager diesseits der Extreme sprechen kann (vgl. Daphi et al., 2023).

Grafik 4: Politische Selbstverortung der Protestteilnehmer (Links-Rechts; in %)



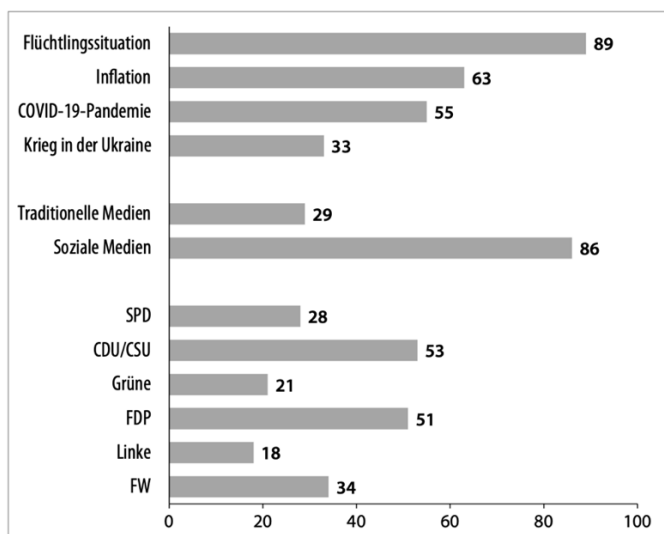
Grafik 5: Gesellschaftliche Selbstverortung der Protestteilnehmer (Schicht; in %)



Dieser Eindruck setzt sich bei einer sozioökonomisch (also um die Variablen Bildung und Schicht) erweiterten Lesart des Mitte-Begriffs fort: In allen drei Städten besitzen die Teilnehmer ganz überwiegend Abitur oder einen Hochschulabschluss (79%) und rechnen sich zumeist der mittleren oder oberen Mittelschicht zu (86%). Unterrepräsentiert sind im Vergleich dazu Menschen mit abgeschlossener Berufsausbildung sowie Angehörige der unteren Mittelschicht (Grafik 5). »Arriviert, gebildet und mit klarer politischer Linkstendenz« (Bitschnau & Koos, 2024, S. 8) stellt sich das Protestpublikum in der Summe also dar – ein Teil der Mitte, doch nicht die Mitte als Ganzes oder gar eine Mehrheit. Und das Adjektiv *schweigend*? Tatsächlich zeigt sich, dass mehr als ein Drittel der Befragten zum ersten Mal überhaupt an einem Protest teilgenommen hat (38%), zwei Drittel waren das erste Mal bei einem, der ausdrücklich gegen Rechtsextremismus gerichtet war (66%). Es finden sich also nicht wenige Menschen unter ihnen, die keine erfahrenen »Demogänger« sind, sich aber aufgrund der dem Protestzweck zugeschriebenen Bedeutung auf das ungewohnte Format eingelassen haben.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, wo die Befragten die Verantwortung für die in ihrer Wahrnehmung erheblichen rechtsextremen Geländegewinne sehen; mithin also die Frage, ob es sich bei einem Phänomen wie dem Erfolg der AfD – so die Formulierung – um einen inneren gesellschaftlichen Defekt oder doch um etwas situativ Bedingtes, der Gesellschaft gewissermaßen Übergestülptes handelt. Sind es die Parteien und Massenmedien oder doch eher die multiplen Krisenlagen der letzten Jahre, denen hier entscheidende Bedeutung zukommt?¹² Tatsächlich gibt es unter den Befragten eine Tendenz zur zweiten Interpretation, wobei eine klar deutliche Mehrheit von 89% den Nachwirkungen der Flüchtlingskrise entweder *sehr* oder *ziemlich* viel Verantwortung zuschreibt, 63% der Inflation, 55% der COVID-19-Pandemie, aber nur 33% dem russischen Einmarsch in die Ukraine. Bei den Einzelakteuren liegen die Werte mit Ausnahme der Unionsparteien (53%) und der FDP (51%) durchgehend niedriger, wobei diese Ausreißer angesichts der politischen Verortung der meisten Protestgänger nicht allzu überraschend sind. Ebenfalls fast unisono werden auch die sozialen Medien in der Verantwortung gesehen (86%), deren Nennwert im Vergleich zu traditionellen Formaten (29%) um mehr als das Fünffache höher ausfällt (Grafik 6).

Grafik 6: Verantwortungszuschreibung der Protestteilnehmer (in %)



Insgesamt verweisen diese Befunde auf der Einstellungsebene also auf eine recht heterogene Gemengelage, widersprechen in Sachen Soziodemografie aber dennoch »dem von Medien, aber auch einigen Wissenschaftlern gezeichneten Bild der Demonstrierenden als eines Querschnitts der Bevölkerung« (Rucht, 2024, S. 12), wie es bereits bei anderen Protestereignissen voreilig gezeichnet wurde.¹³ Auch bei den Protesten gegen Rechtsextremismus ist es letztlich

¹² Die Frage nach der Verantwortung für den »Rechtsruck« hat hier ätiologischen Charakter. Sie fragt nicht nach *Schuld* im Sinne einer Fehlleistung oder eines Versäumnisses.

¹³ Rucht (2024) nennt hier exemplarisch »die Demonstrierenden gegen den bevorstehenden Irakkrieg im Jahr 2003 und gegen das Stuttgarter Bahnprojekt S21« (ebd., S. 12). In beiden Fällen war das Mitte-Narrativ weit verbreitet, konnte sich empirisch (und im Falle von S21 auch an der Wahlurne) aber nicht bestätigen.

nur ein bestimmter Teil der Mitte, der zugegen ist »und in seinen wesentlichen Charakteristika [...] nur bedingt Schnittmengen mit der abstiegsbedrohten unteren Mittelschicht aufweist, wie sie seit einiger Zeit als [Adressatin] radikaler Politik diskutiert wird« (Bitschnau & Koos 2024, S. 8). Dabei gilt, dass die vorliegenden Befunde als Lokalerhebungen zwar keine bundesweite Aussagekraft für sich in Anspruch nehmen können, in ihrer Tendenz aber durchaus einige Fragen aufwerfen: Woran lag es, dass nicht mehr Wähler bürgerlicher Parteien – die ja meist ein positives Bild der Proteste hatten – und Angehörige von Bevölkerungsgruppen diesseits der gebildeten Mittelschicht präsent waren? Haben sie mit dem Format gefremdelt? Wurden sie von der Protestästhetik nicht angesprochen? Oder fehlte ihnen im von Sachzwängen bestimmten Alltag einfach die Zeit oder Gelegenheit zur Teilnahme? Dies sind nur einige Fragen, an denen künftige Forschung qualitativ und vergleichend ansetzen kann.

Was bleibt?

Zu Proteste gegen Rechtsextremismus waren heftig, aber kurz. So rasch wie sie sich im Januar und Februar aufgebaut hatten, ebten sie mit Frühjahrseinbruch wieder ab. Als »größte auf einen engen Zeitraum konzentrierte Protestwelle in der Geschichte der Bundesrepublik« (Rucht, 2024, S. 17) kam ihnen dessen ungeachtet hohe Symbolkraft zu, boten sie doch der Zivilgesellschaft eine Gelegenheit, neuen Mut zu schöpfen und sich aus einer jahrelangen Handlungsstarre zu befreien. Angetrieben von der Wahrnehmung rechtsextremer Bodengewinne und dem stetigen Popularitätszuwachs der AfD hatte sich hier vielerorts ein Gefühl der Hilflosigkeit eingestellt – der Eindruck, dass man es mit einem übermächtigen Gegner zu tun habe, an dem jeder Angriff abpralle und gegen den anzukämpfen letztlich aussichtslos sei (vgl. Bitschnau & Koos, 2024). Das Mobilisieren von Hunderttausenden binnen Wochen setzte dieser von Fatalismusmotiven durchwirkten Erzählung die einer widerständigen Bürgerschaft gegenüber: Die Scharen an Protestgängern mussten unweigerlich als eine Hoffnung stiftende Gegenprojektion zum Bild der dem Abgrund entgegentaumelnden Republik erscheinen. Nach außen konnten sie so das bis dahin dominante Narrativ umkehren; nach innen trugen sie hingegen zur Bemühung um demokratische Selbstvergewisserung bei.

Problematisch erscheint hingegen – neben der demografischen Unwucht, auf die unsere Befunde hindeuten – der Umstand, dass die Proteste längst nicht immer gegen *Rechtsextremismus*, sondern häufig schlicht gegen *rechts* gerichtet waren. Problematisch deshalb, weil der Begriff *rechts* nach international üblicher Nomenklatur etwa christdemokratische und liberale Parteien miteinschließt (vgl. etwa Bale & Rovira Kaltwasser, 2021) und auch hierzulande eine entsprechende Ambiguität in sich trägt. Ihn in der dargestellten Form als Abgrenzungsmarker zu verwenden, erscheint vor diesem Hintergrund wenig zielführend und dürfte auch

(zusammen mit stellenweise auftretenden Anfeindungen gegen das bürgerliche Lager¹⁴) dazu beigetragen haben, die Teilnahmebereitschaft bereits unterrepräsentierter Gruppen weiter zu mindern: Mancher mag angesichts der insinuierten Ideologiebinarität gar geglaubt haben, dass ein Protest gegen *rechts* notwendigerweise von *links* kommen beziehungsweise eine linke Konnotation haben muss. So oder so gilt indes, dass die Rechte ein legitimer Bestandteil jeder demokratischen Pluralität ist. Einzig da, wo sie in den Extremismus kippt, wo also elementare Spielregeln der Demokratie missachtet werden, lässt sie sich unter das Vorzeichen der Proteste stellen, die das Objekt ihrer Kritik ja außerhalb dieser Regeln verorten.¹⁵

Alles andere als einfach gestaltet sich zuletzt eine Bewertung des substanziellen (also über das Symbolische hinausgehenden) Protesterfolgs, zu dem vermutlich nur in der Langzeitbetrachtung und mit ergänzendem Datenmaterial tragfähige Aussagen getroffen werden können. So büßte beispielsweise die AfD ab Januar 2024 bei allen großen Umfrageinstituten einige Prozentpunkte Unterstützung ein und kam auch bei der Europawahl im Juni auf nur 15,9% – die Annahme einer unmittelbaren Kausalbeziehung zu den Protesten wird jedoch dadurch kompliziert, dass sich zur selben Zeit auch das neugegründete *Bündnis Sahra Wagenknecht* (BSW) als Umfrageoption etablierte und so für eine psephologische Ruptur der hiesigen Parteienlandschaft sorgte.¹⁶ Gut möglich also, dass es sich beim AfD-Umfrageknick stattdessen um die Abwanderung¹⁷ vormaliger Nicht- und Wutwähler zum BSW handelt, die dem politischen Betrachter dann aufgrund der zeitlichen Koinzidenz und narrativen Schlüssigkeit irrtümlich als Protestfolge erscheint. Die wahrscheinlichste Option dürfte freilich sein, dass beide Entwicklungen in einem noch zu bestimmenden Wechselverhältnis zueinander stehen; dass also die Berichterstattung von CORRECTIV und die daran anschließenden Proteste die AfD in einigen Bevölkerungsschichten durchaus Rückhalt gekostet haben, das Aufkommen des BSW diesen Effekt aber verstärkt, überlagert und verstetigt hat.

In jedem Fall erscheinen die Verluste der Partei moderat und stellen eher ein Zurechtstutzen auf den Wert der ersten Jahreshälfte 2023 (16–18%) als einen wie auch immer gearteten Kollaps dar. Weder, so ist festzuhalten, hat sich etwas am Status der AfD als bundespolitisch zweitstärkster Kraft hinter der Union geändert, noch haben die Proteste einem der drei Ampelkoalitionäre demoskopischen Auftrieb gegeben. Optimistischer stimmt demgegenüber ein Blick auf die mit der Protestorganisation befassten Bündnisse und Initiativen, die sich überall in Deutschland herausgebildet haben, häufig in bestehende zivilgesellschaftliche Formationen

¹⁴ So wurde etwa von Protesten berichtet, auf denen Einlassungen gegen die Unionsparteien zu hören waren und ihren Rednern das Wort verweigert wurde (vgl. u.a. Betschka & von Marschall, 2024)

¹⁵ Entsprechend auch das Fazit des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann, der zu Protokoll gab, diese Begriffsvermengung »überhaupt nicht [zu verstehen]. Ich finde das fragwürdig. Es geht gegen Rechtsextremismus und Rechtsradikalismus. Rechts darf man sein...« (Busch & Schultheiß, 2024).

¹⁶ Die Gründung des BSW erfolgte in der zweiten Januarwoche; die großen Meinungsforschungsinstitute wiesen die Partei aber erst Ende Januar gesondert aus, also zu dem Zeitpunkt, als die Proteste ihren Zenit erreicht hatten.

¹⁷ Wie aus Statistiken zur Wählerwanderung bei der Europawahl ersichtlich wird, rekrutiert sich das BSW-Elektorat größtenteils aus einstigen SPD- und Linken-Wählern – was aber keineswegs im Widerspruch zu dem beschriebenen Abwerbeeffekt stehen muss. Die statistische Wählerwanderung weist schließlich nur Verschiebungen im Vergleich zweier Wahlen aus. Sie lässt damit all diejenigen unberücksichtigt, die in der Vergangenheit nicht die AfD gewählt hatten, es dieses Mal aber ohne das BSW als gangbare Alternative getan hätten (und zu Jahresbeginn auch mit AfD-Wahlabsicht in den Umfragen aufgetaucht waren).

eingemündet sind und so eine neue Dynamik des Austauschs und der Vernetzung geschaffen haben. Ein Beispiel stellen hier etwa die 2018 gegründeten *Omas gegen Rechts* dar, die in den vergangenen Monaten um mehr als 100 neue Ortsgruppen angewachsen sind und einen deutschlandweiten Wahrnehmungsschub erfahren haben (DPA, 2024) – ein gemeinhin unterschätzter, in seiner Wirkmächtigkeit aber durchaus bedeutsamer Protesteffekt.

Am Ende bleibt somit die Feststellung, dass das Land es zu Jahresbeginn 2024 mit einer beachtlichen und in ihrer Spitze auch historischen Protestwelle zu tun hatte, die insbesondere das Erzeugen medialer Aufmerksamkeit bei gleichzeitiger Revitalisierung der Zivilgesellschaft auf ihrer Habenseite verbuchen kann. Gleichwohl gelang es nur eingeschränkt, AfD-Anhänger zum Überdenken ihrer Wahlentscheidung zu bewegen und die Partei empfindlich zu schwächen, was die Frage aufwirft, ob es sich bei alldem wirklich um den beispielsweise von Klaus Hurrelmann beschworenen »Befreiungsschlag« (Sabinsky-Wolf et al., 2024) gehandelt hat. Aus heutiger Sicht liegt eher die Vermutung nahe, dass die Proteste nicht als singulärer Wendepunkt in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, sondern als eine aus dem Moment geborene und sich dynamisch aufbauende Gelegenheitsstruktur für diverse Gruppen und Initiativen verstanden werden müssen. Für die Zukunft bleibt offen, inwieweit es diesen gelingen kann, die Kraft des Augenblicks in langfristige Handlungsstrategien umzuleiten und so zur Stärkung der demokratischen Resilienzfähigkeit unseres Gemeinwesens beizutragen.

Literatur

- Bale, T. & Rovira Kaltwasser, C. (Hrsg.) (2021). *Riding the Populist Wave: Europe's Mainstream Right in Crisis*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Bensmann, M. et al. (2024). Geheimplan gegen Deutschland. *Correctiv.org*, 10.01.2024. <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/> (01.08.2024).
- Betschka, J. & von Marschall, C. (2024). CDU und FDP gegen Ausgrenzung beim Protest: »Das breite Bündnis darf nicht von links gespalten werden.« *Tagesspiegel.de*, 25.01.2024. <https://www.tagesspiegel.de/politik/demonstrationen-nicht-spalten-cdu-und-fdp-werben-fur-breites-buendnis-gegen-rechtsextremismus-11104942.html> (01.08.2024).
- Bitschnau, M. & Koos., S. (2024). Die schweigende Mehrheit auf der Straße? Ergebnisse einer Befragung von Teilnehmer:innen an den Protesten gegen Rechtsextremismus. Policy Paper 15 (Hrsg. von Cluster of Excellence »The Politics of Inequality« und Das Progressive Zentrum), 1–11.
- Burzan, N., Kohrs, S. & Küsters, I. (2014). *Die Mitte der Gesellschaft: Sicherer als erwartet?* Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Busch, F. & Schultheis, J. (2024). Winfried Kretschmann über Schwarz-Grün: »Die Langeweile bedauere ich nicht.« *Web.de*, 06.02.2024. <https://web.de/magazine/politik/winfried-kretschmann-schwarz-gruen-langeweile-bedauere-39286302> (01.08.2024).
- Daphi, P., Haunss, S., Sommer, M. & Teune, S. (2023). Taking to the Streets in Germany – Disenchanted and Confident Critics in Mass Demonstrations. *German Politics*, 32(3), 440–468.

- Diez, G. (2024). Eine neue Revolution. *Zeit.de*, 14.02.2024. <https://www.zeit.de/kultur/2024-02/demonstrationen-gegen-afd-demokratie-zivilgesellschaft-effekte> (01.08.2024).
- DPA – Deutsche Presse-Agentur (2024). Erster Bundeskongress von »Omas gegen Rechts« – mit Demo. *Sueddeutsche.de*, 04.08.2024. <https://www.deutschlandfunk.de/omas-gegen-rechts-1-bundeskongress-in-erfurt-dlf-77070a8a-100.html> (05.08.2024).
- Grote, K. & Kramer, H. (2024). Nach rechtem Geheimtreffen: Potsdamer versammeln sich zu Spontandemo vor Villa Adlon. *Tagesspiegel.de*, 11.01.2024. <https://www.tagesspiegel.de/potsdam/landeshauptstadt/nach-rechtem-geheimtreffen-potsdamer-versammeln-sich-zu-spontandemo-an-der-villa-adlon-11034931.html> (01.08.2024).
- Hutter, S. & Weisskircher, M. (2023). New Contentious Politics: Civil Society, Social Movements, and the Polarisation of German Politics. *German Politics*, 32(3), 403–419.
- Lotter, M. (2024). Verteidigung der Demokratie. *IPG-Journal*, 27.02.2024. <https://www.ipg-journal.de/rubriken/demokratie-und-gesellschaft/artikel/verteidigung-der-demokratie-7350/> (01.08.2024).
- Rucht, D. (2024). Für Demokratie – gegen Rechtsextremismus: Profil und Dynamik der jüngsten Protestwelle. *IPB Working Paper*, 1/2024, 1–19.
- Sabinsky-Wolf, H., Sartor, S. & Thies, L. (2024). Demos gegen Rechtsextremismus: Ist das ein Befreiungsschlag? *Augsburger-Allgemeine.de*, 21.01.2024. <https://www.augsburger-allgemeine.de/politik/demonstrationen-hunderttausende-demonstrieren-gegen-rechtsextremismus-ist-das-ein-befreiungsschlag-id69156511.html> (01.08.2024).
- Sander, L. & Ansa, S. (2024). Tausendmal Tausende für Vielfalt. *Taz.de*, 01.03.2024. <https://taz.de/Analyse-der-Demos-gegen-Rechtsextreme/!5995645/> (01.08.2024).
- Stjepandić, K., Steinhilper, E. & Zajak, S. (2023). Forging Plural Coalitions in Times of Polarisation: Protest for an Open Society in Germany. *German Politics*, 32(3), 469–494.